

## **Haushaltsrede der Finanzdezernentin Heidi Schwartz Einbringung des Kreishaushalts 2010 am 19. November 2009**

-Es gilt das gesprochene Wort.-

Sehr geehrter Herr Landrat Wölfle,  
sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Der Haushalt 2010: „Zwischen Konjunkturpaket und Finanzmarktkrise“. So kann man die Situation nicht nur unseres Landkreises, sondern der Haushaltsentwicklung vieler Kommunen im gesamten Land beschreiben. Auf der einen Seite versuchen Bund und Länder mit kräftiger Beteiligung der Kommunen die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu mildern, auf der anderen Seite sind alle staatlichen Ebenen von der Finanz- und Wirtschaftskrise unmittelbar betroffen: Mit dem Absturz der Steuereinnahmen hat die Krise auch die Städte und Gemeinden erreicht, wenngleich die Situation in den Städten und Gemeinden des Bodenseekreises heterogen ist. Die gute Nachricht vorweg: Im kommenden Haushaltsjahr erreicht uns die Finanzkrise noch nicht mit voller Wucht. Dennoch war die Haushaltsplanaufstellung 2010 ein großer Kraftakt. Im ersten Haushaltsplanentwurf im August 2009 stand ein Kreditbedarf von ca. 10 Mio. Euro im Raum, den es galt maßvoll und zielorientiert zu reduzieren, um unsere zwei großen Ziele

1. keine Nettoneuverschuldung im Haushaltsplan 2010 und
  2. keine Erhöhung der Kreisumlage
- zu realisieren.

Diese Ziele haben wir mit viel Engagement gemeinsam erreicht.

Wie ist uns das gelungen?

- Rekordeinnahmen bei der Kreisumlage

Die Kreisumlage steigt auf die Rekordsumme von 77,5 Mio. Euro bei gleichbleibendem Hebesatz von 31 %. Das heißt, die Kreisumlage steigt im Vergleich zum Jahr 2009 um rund 7,5 Mio. Euro an. Es liegt an der überdurchschnittlich guten Entwicklung der Steuerkraft der Gemeinden des Jahres 2008 im Bodenseekreis.

- Die Erhöhung der Dividendenausschüttung der OEW (Oberschwäbische Elektrizitätswerke) um 1,6 Mio. Euro auf 9,5 Mio. Euro verbessern zudem die Einnahmen.

Insgesamt eine sehr erfreuliche Verbesserung von 9 Mio. Euro.

Leider bleibt hiervon für Investitionen nichts übrig.

- Durch die gestiegene Steuerkraft reduzieren sich die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2010 um 2,8 Mio. Euro.
- Im Sozialhaushalt entstehen netto (nach Abzug der Einnahmen) Mehrbelastungen für den Kreishaushalt von 5,6 Mio. Euro.
- Personalkostenerhöhungen sind mit 650.000 Euro kalkuliert.

Summa Summarum führt das zu einer Zuführung zum Vermögenshaushalt von 10,7 Mio. Euro.

Es war erforderlich, das reine Investitionsvolumen im Vergleich zum Jahr 2009 zu reduzieren. Zudem wurden die Zuschusseinnahmen mit einem höheren Betrag von 2,5 Mio. Euro veranschlagt, z. B. Einnahmen für das Konjunkturpaket II, Zuschüsse für die Straßeninvestitionen, Zuschüsse für bereits realisierte Maßnahme wie die Tannenhagschule und das Berufsschulzentrum in Friedrichshafen.

Bei der Aufnahme von Investitionen in den Haushalt galten folgende Vorgaben:

- Finanzierung der Maßnahmen des Konjunkturpakets II
- Investitionsmaßnahmen wurden nach der Priorisierung Sicherheit (z. B. Brandschutz) und Energieoptimierung ausgewählt.
- Im Straßenhaushalt liegt die Konzentration auf den bereits begonnenen bzw. geplanten Maßnahmen. Neue Radwegemaßnahmen z. B. konnten deshalb nicht in den Haushaltsplan 2010 aufgenommen werden.

Es mussten Maßnahmen zeitlich geschoben und auf das Notwendige beschränkt werden.

### **Schaubild: Entwicklung des Schuldenstandes seit 1990**

Der Schuldenstand des Bodenseekreises hat sich seit 1999 – 2006 kontinuierlich erhöht. 2007 konnte diese Entwicklung gestoppt und die Schulden zu Beginn des Jahres 2009 auf 54,1 Mio. Euro zurückgefahren werden.

## **Schaubild: Pro-Kopf-Verschuldung**

Pro Kopf bedeutet dies 261 Euro. Landesweit beläuft sich die Pro-Kopf-Verschuldung auf 172 Euro.

Im Haushaltsplan 2009 ist eine Kreditermächtigung von insgesamt 8,3 Mio. Euro vorgesehen. Dies würde die Verschuldung am Ende des Jahres 2009 auf 59,9 Mio. Euro erhöhen.

Im Haushaltsplan 2010 ist keine Nettoneuverschuldung geplant.

Leider ist die im Jahr 2007 eingeleitete Kehrtwende in der Finanzpolitik des Bodenseekreises, nämlich die Schulden auf die Durchschnittverschuldung der Landkreise zu reduzieren, unter den genannten Rahmenbedingungen, nicht mehr möglich.

## **Schaubild: Rücklage**

Ein Blick in die Rücklage zeigt sofort, dass wir uns seit über 10 Jahren in der Mindestrücklage bewegen. Eine Entnahme ist nicht möglich.

Nun aber zu den Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2010:

## **Schaubild: Eckdaten zum Haushaltsplan 2010**

Haushaltsvolumen

Das Gesamtvolumen liegt bei	<u>257,2 Mio. Euro.</u>
Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt	236,7 Mio. Euro.
und auf den Vermögenshaushalt	20,5 Mio. Euro.

### **Schaubild: Entwicklung des Haushaltsvolumens**

Dies bedeutet eine Reduzierung um 10 Mio. Euro oder 3,7 % im Vergleich zum Vorjahr mit 267 Mio. Euro.

Der Verwaltungshaushalt stellt sich im Detail wie folgt dar:

### **Schaubild: Einnahmen des Verwaltungshaushalts**

Wie sich die Einnahmen aufteilen ist auf dem Schaubild im Einzelnen dargestellt.

### **Schaubild: Einnahmen des Verwaltungshaushalts – Anteil der Kreisumlage**

Die größte Einnahme im Verwaltungshaushalt ist die Kreisumlage mit dem Rekordwert von 77,5 Mio. Euro, das sind knapp 33 % der Gesamteinnahmen im Verwaltungshaushalt.

### **Schaubild: Entwicklung der Kreisumlage**

Die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden des Bodenseekreises hat den Spitzenwert von 250 Mio. Euro erreicht und überbietet wiederum den Vorjahreswert um weitere 24 Mio. Euro.

Eine enorme Entwicklung. Betrachtet man die letzten 11 Jahre, heißt das eine Verdoppelung der Steuerkraft. Leider geht diese Entwicklung so nicht weiter. Im Gegenteil! Im Jahr 2011 schlägt sich der Einbruch bei der Steuerkraft der Gemeinden mit 65 Mio. Euro im Kreishaushalt nieder, was mit einer Mindereinnahme von sage und schreibe 20 Mio. Euro zu Buche schlägt.

## **Schaubild: Kreisumlagehebesätze aller Landkreise im Vergleich**

Der durchschnittliche Hebesatz liegt in Baden-Württemberg derzeit bei 32,15 %. Der Bodenseekreis liegt mit 31 Prozentpunkten – übrigens seit 1996 - unter dem Landesdurchschnitt.

## **Schaubild: Entwicklung Kreisumlagehebesatz**

Im Jahr 2005 sogar um mehr als fünf Prozentpunkte und korreliert mit den Kreditneuaufnahmen. Wie dies auf dem Schaubild eindrücklich dargestellt ist.

Sie sehen an der rot schraffierten Fläche, um welchen Betrag der Bodenseekreis unter dem durchschnittlichen Hebesatz des Landes Baden-Württembergs seit 1996 liegt. Dies zeigt auch die Schuldenentwicklung in diesem Zeitraum. Seit Bestehen des Bodenseekreises bis einschließlich 1995 war dies genau umgekehrt.

## **Grunderwerbsteuer:**

### **Schaubild: Entwicklung der Grunderwerbsteuer**

Wir haben die Grunderwerbsteuer 2010 mit optimistischen 9,2 Mio. Euro kalkuliert. Wir hoffen, dass der Grundstücksmarkt nicht einbricht und der Ansatz erreicht werden kann.

## **Zu den Ausgaben des Verwaltungshaushalts:**

### **Schaubild: Ausgaben des Verwaltungshaushalts**

Den Überblick über die Ausgaben des Verwaltungshaushalts gibt folgendes Schaubild.

## **Personalausgaben:**

### **Schaubild: Entwicklung der Personalausgaben**

Die Personalausgaben sind im Plan 2010 um 650.000 Euro höher als im Plan 2009. Dies entspricht einer Steigerung von 1,7 %.

### **Schaubild: Erläuterung der Personalausgaben 2010**

Die Tarifierhöhung für Beschäftigte wurde hierbei mit 2 % ab Januar 2010, die Besoldungserhöhung für Beamte mit 1,2 % ab März 2010 kalkuliert. Neben den weiteren Steigerungen für die Umlagen usw. ergibt sich eine Gesamterhöhung um 650.000 Euro. Neuschaffungen von Stellen sind im Haushaltsplan 2010 nicht enthalten. Im Gegenteil, es sind personalwirtschaftliche Maßnahmen zur Kostenbegrenzung mit einer Summe von 250.000 Euro als Auftrag an die Verwaltung vorgesehen z. B. durch verzögerte Stellenbesetzungen.

## **Unterhaltungskosten**

### **Schaubild: Entwicklung der Kosten der Bauunterhaltung**

Die Bauunterhaltungskosten belaufen sich auf 4,4 Mio. Euro in Höhe des Vorjahres. Nach wie vor können wir damit unsere Vermögenssubstanz nicht gänzlich erhalten. Dem beispielsweise gegenübergestellt: 110.000 m<sup>2</sup> kreiseigene Gebäudeflächen und rund 330 km Kreisstraßen machen dies mehr als deutlich. Im Rahmen der geplanten Vermögensanalyse – die aufgrund der Abwicklung des Konjunkturpakets II im Jahr 2009 und 2010 geschoben werden musste – ist der Sanierungs- und Instandhaltungsbedarf zu ermitteln und eine nachhaltige Strategie für die zukünftigen Jahre zu entwickeln.

## **Bewirtschaftungskosten**

### **Schaubild: Entwicklung der Bewirtschaftungskosten**

Die Energiepreise steigen wieder. Im Bodenseekreis ist es jedoch gelungen, dieser Entwicklung entgegen zu wirken und die Bewirtschaftungskosten um 400.000 Euro zu reduzieren. Dies ist Ergebnis einer Neuausschreibung beim Strombezug sowie einer Neukonzeption der Reinigung. Mein Dank gilt hier dem Bau- und Liegenschaftsamt.

## **Zinsausgaben**

### **Schaubild: Entwicklung der Zinsausgaben für Kredite und innere Darlehen in den Jahren 1999 – 2010**

Die Zinsausgaben belaufen sich auf 2,6 Mio. Euro.

## **Schaubild: Ausgaben des Verwaltungshaushalts – Sozialausgaben**

Der größte Leistungsanteil im Verwaltungshaushalt ist im Sozialetat eingeplant, mit Bruttoausgaben von 124 Mio. Euro und damit 52 % der Gesamtausgaben im Verwaltungshaushalt.

## **Schaubild: Entwicklung des Zuschussbedarfs im Sozialhaushalt**

Dem stehen Einnahmen mit 47,5 Mio. Euro gegenüber. Der Zuschussbedarf beläuft sich damit auf 76,5 Mio. Euro und liegt rund 5,6 Mio. Euro über dem Zuschussbedarf 2009.

## **Schaubild: Wesentliche Faktoren im Sozialhaushalt**

Aus der Analyse sind die wesentlichen Faktoren schnell erklärt:

- Steigende Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe:
  - Unter anderem steigt die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung um 1,6 Mio. Euro,
  - die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um 200.000 Euro,
  - der geringere Sozillastenausgleich schlägt mit rund 560.000 Euro zu Buche.
- Steigende Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGBII) mit 450.000 Euro bedingt auch durch Wenigereinnahmen für die Kosten der Unterkunft
- Mehraufwendungen bei der Jugendhilfe mit 2,8 Mio. Euro

### **Was sind die wesentlichen Gründe für diese Verschlechterung?**

#### **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**

Seit Einführung der Grundsicherungsleistungen sind ein kontinuierlicher Anstieg der Anzahl der Leistungsberechtigten und deren finanziellen Aufwendungen zu verzeichnen. Ursache für diese Entwicklung ist hauptsächlich die demografische Entwicklung sowie das Absinken des Rentenniveaus.

#### **Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung**

Bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung ist bereits seit Jahren - nicht nur im Bodenseekreis, sondern bundesweit – auch eine dynamische Entwicklung bei den Fallzahlen, sowie bei den Kosten zu

beobachten. Dies hängt ebenfalls mit der demografischen Entwicklung der Menschen mit Behinderung zusammen.

Desweiteren muss auch wieder mit steigenden Kosten für die Pflege-satzentgelte gerechnet werden.

### **Im Bereich des Amtes Hilfen zur Arbeit**

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise wird auch im Bereich Hilfen zur Arbeit mit einem deutlichen Anstieg der Fallzahlen gerechnet.

Gleichzeitig wird der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft im Jahr 2010 jedoch um 2,4 % gesenkt. Dadurch sind bei uns im Bodenseekreis 450.000 Euro Mehrbelastungen zu erwarten.

### **Im Bereich der Jugendhilfe zeichnet sich folgendes Bild:**

- Die Fallzahlen im stationären Bereich sind seit Mitte 2008 erheblich angestiegen. Es muss mit einer Erhöhung um 1,3 Mio. Euro gerechnet werden.
- Auch die ambulanten Hilfen – insbesondere zur Unterstützung im Zusammenhang mit der Schule – sind deutlich gestiegen und führen zu Mehrausgaben von rund 550.000 Euro.
- Erhebliche Erhöhungen der Entgelte in den Einrichtungen der Jugendlichen sind mit 700.000 Euro zu veranschlagen.

### **Schaubild: Anteil der Kreisumlage an den Sozialausgaben**

Die Mehrbelastung im Sozialhaushalt beträgt 5,6 Mio. Euro. Mit dieser Entwicklung sind wir nicht allein. Auch in anderen Landkreisen steigen die Aufwendungen. Ursachen sind sowohl die demografische Entwicklung als auch gesellschaftliche Veränderungen und steigende Kosten z. B. bei den Pflegesätzen. Parallel werden bei der Bundesbeteiligung für die Kosten der Unterkunft regelmäßig Kürzungen vorgenommen. Wäh-

rend wir 2007 noch mit 35,2 % Bundesbeteiligung rechnen konnten, liegt sie 2010 nur noch bei 27 %. Dies führt umgerechnet zu einem Einnahmeverlust von 1 Mio. Euro.

Im Sozialdezernat wird eine engagierte Arbeit geleistet. Dies belegt auch ein aktueller Landesvergleich im Jugendamt des KVJS (Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg) oder der letzte Bericht im ASG zum Bereich Hilfen zur Arbeit und zum Sozialamt.

Wenn jedoch Kostensteigerungen v. a. auf demografischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Veränderungen und gesetzlichen Regelungen beruhen, kann der Landkreis das Problem nicht alleine lösen.

Hier ist der Bundes- und Landesgesetzgeber gefordert. Es ist eine Zumutung, welche Flut von Neuregelungen täglich im Sozialbereich bei uns ankommen. Auch das vielgepriesene Konnexitätsprinzip führt zu Unmut bzw. die regelmäßige Missachtung desselben. Wer Neuregelungen einführt, muss auch deren Finanzierung sicherstellen.

## **Ergebnis des Verwaltungshaushalts**

### **Schaubild: Entwicklung der Zuführungsrate = „Freie Spitze“**

Der Verwaltungshaushalt bringt im Ergebnis eine Zuführungsrate von 10,7 Mio. Euro. Nach Abzug der ordentlichen Tilgung mit rund 3,1 Mio. Euro erreichen wir eine freie Spitze von immerhin 7,6 Mio. Euro. Diese stehen zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen im Vermögenshaushalt zur Verfügung.

## **Vermögenshaushalt**

### **Schaubild: Einnahmen des Vermögenshaushalts**

Die Einnahmen des Vermögenshaushalts sind in der Grafik dargestellt. Neben der Zuführung stehen zur Finanzierung der Investitionen Zuweisungen und Zuschüsse zur Verfügung.

### **Nun zur Ausgabenseite des Vermögenshaushalts:**

### **Schaubild: Investitionsübersicht / Ausgaben des Vermögenshaushalts**

Das Schaubild zeigt im Detail wie sich die Ausgaben des Vermögenshaushalts zusammensetzen. Ich möchte auf die wesentlichen Positionen eingehen.

### **Schaubild: Investitionsprogramm 2007 – 2010**

Wie Sie sehen, ist der größte Ausgabenblock der Straßenbau mit 7,4 Mio. Euro, gefolgt von den Investitionen im Schulbereich mit 2,6 Mio. Euro. Für den Bereich der Verwaltung sind Investitionen mit 2,5 Mio. Euro geplant.

Zu den großen Maßnahmen im Einzelnen:

Für die Erneuerung der EDV und Brandschutzmaßnahmen im Landratsamtsgebäude Albrechtstraße 75 sind 2,1 Mio. Euro vorgesehen, für die Südumfahrung Kehlen 2,6 Mio. Euro, für Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II sind bei den Schulen 1,8 Mio. Euro veranschlagt, für die

Bahnunterführung Salem-Neufrach 1,3 Mio. Euro, für die Messezufahrt Nord noch ein Restbetrag mit 500.000 Euro.

Sie sehen, dass das Investitionsprogramm um 6,6 Mio. Euro gesenkt werden musste. Grundlage für die Priorisierung von Investitionsmaßnahmen war absolut Notwendiges und Machbares vor Wünschenswertem. Sicherheitsrelevante Investitionsmaßnahmen sowie energetische Sanierungsmaßnahmen, insbesondere Maßnahmen des Konjunkturpaketes II, haben Priorität. Es mussten leider viele andere Maßnahmen aus dem Haushalt 2010 in die Zukunft geschoben werden.

Mit diesem Investitionsprogramm in Höhe von 13,8 Mio. Euro setzt der Bodenseekreis dennoch positive Impulse für die Wirtschaft und handelt damit antizyklisch.

### **Schaubild: Investitionsübersicht Straßenbau**

Wo im Bodenseekreis welche Investitionsmaßnahmen im Straßenbau vorgesehen sind ist auf der Karte dargestellt.

### **Ausblick zur mittelfristigen Finanzplanung:**

Ein Kreishaushalt unterscheidet sich von der Struktur her völlig von städtischen oder gemeindlichen Haushalten. Er ist umlagefinanziert und hat als größten Ausgabenblock die soziale Sicherung zu schultern. Wir sind mitten im Strudel einer immensen und kaum vorhersehbaren Kostenexplosion und gleichzeitig brechen die Einnahmen weg.

2008 hatten die Städte und Gemeinden erfreulicherweise ein einmaliges Ergebnis bei den Steuereingängen. Dies kommt uns 2010 zugute. Die drastischen Steuereinbrüche bei den Städten und Gemeinden 2009 wirken sich um zwei Jahre zeitversetzt beim Kreis 2011 aus. Die Ausgaben beim Landkreis erhöhen sich zudem parallel enorm. Lassen Sie mich diese Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung kurz erläutern und eines vorausschicken:

Bis zum heutigen Tag gibt es seitens des Landes keinen Haushaltserlass oder Orientierungsdaten für die mittelfristige Finanzplanung bis 2013. Wir wissen nicht, wie sich der Finanzausgleich entwickeln wird. Wir haben aber bei allen Städten und Gemeinden im Bodenseekreis die Steuerentwicklung 2009 abgefragt, mit der sicheren Erkenntnis, dass uns 20 Mio. Euro an Kreisumlage wegbrechen werden. Das heißt 2011 erwischen uns dann die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit voller Wucht.

Der Finanzplanung liegt folgendes zugrunde:

- ein Minus bei der Kreisumlage von mindestens 20 Mio. Euro.
- Senkung der Schlüsselzuweisungen (durch einen geringeren Kopfbetrag pro Einwohner).
- Weiterer Anstieg beim Zuschussbedarf im Sozialbereich mit einer optimistisch kalkulierten Million Euro pro Jahr.
- Die Personalausgaben sind mit 40 Mio. Euro „eingefroren“.

### **Schaubild: Investitionsprogramm bis 2013**

Gleichzeitig müssen zwangsläufig Investitionsmaßnahmen zeitlich gestreckt und geschoben werden. Im Mittelpunkt steht weiterhin das abso-

lut Notwendige und Machbare, nicht das Wünschenswerte. Dies ist bei einem oft hohen Anspruchsdenken ein mühsamer Prozess. Zur Finanzierung gehört aber Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit, gerade angesichts der ökonomischen Ausnahmesituation.

Um überhaupt einen genehmigungsfähigen Haushalt bis 2013 zu erhalten und nur die begonnenen Investitionen realisieren zu können, sind Kreditaufnahmen von 2011 – 2013 von 18 Mio. Euro vorgesehen.

Dem stehen Tilgungen in Höhe von insgesamt weiteren 9 Mio. Euro gegenüber, so dass sich bis 2013 eine Nettoneuverschuldung von 9 Mio. Euro ergeben würde. Trotzdem ist ein Investitionsprogramm 2011 bis 2013 von 38 Mio. Euro geplant.

### **Schaubild: Entwicklung der Kreisumlage**

**Und nun zu der spannendsten Frage: Wie sieht es bei der Kreisumlage aus?**

	Steuerkraft der Gemeinden		Kreisumlage
2009 =	225,8 Mio. Euro bei 31 %	=	70,0 Mio. Euro
2010 =	250,0 Mio. Euro bei 31 %	=	77,5 Mio. Euro
2011 =	185,0 Mio. Euro bei 37 %	=	68,5 Mio. Euro
2012 =	170,0 Mio. Euro bei 39 %	=	66,3 Mio. Euro
2013 =	170,0 Mio. Euro bei 40 %	=	68,0 Mio. Euro

Trotz einer Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes auf 40 Prozentpunkte bis zum Jahr 2013 werden die Kommunen im Kreis entlastet und zwar mit rund 10 Mio. Euro weniger als 2010.

Wenn man diese Zahlen auf sich wirken lässt, deutlich höhere Kreisumlagesätze bei gleichzeitiger Erhöhung der Verschuldung, wird eines klar: Wir haben ein Finanzierungsproblem, eine millionenschwere Finanzierungslücke in den nächsten Jahren!

Ich weiß, solche Äußerungen sind nicht beliebt. Zu einer ehrlichen und verantwortungsvollen Arbeit gehört aber auch den Tatsachen ins Auge zu sehen und uns für diese Situation zu wappnen. Die Finanzkrise, die uns nach den Gemeinden – zeitverzögert – trifft, ermöglicht uns die Vorbereitung auf das Jahr 2011. Wir sollten deshalb versuchen, die Krise als Chance zu verstehen und strategisch und strukturiert dem Problem begegnen. Haushaltskonsolidierung wird somit sicher auf der Tagesordnung im Jahr 2010 stehen müssen.

- Welche Freiwilligkeitsleistungen können und wollen wir uns leisten?
- Welche Aufgaben sind in welchem Umfang erforderlich?  
Also, ehrliche Durchführung von Aufgabenkritik.
- Prüfung von Verwaltungsstrukturen und organisatorischen Abläufen
- Generierung von Synergien
- Über Grenzen hinweg zu denken z. B. in Richtung interkommunaler Zusammenarbeit
- Konzentration auf die Kernaufgaben
- Nutzen der eigenen Potenziale und Stärken besonders unserer engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dies sind Ansätze und mögliche Wege zur Lösung unseres Finanzierungsproblems.

Insgesamt aber ist unbedingt ein strategischer Ansatz gefordert. Die Konsolidierungsmaßnahmen sind allgemein nicht beliebt. Deshalb müssen wir gemeinsam an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen - wenn auch sicherlich an der einen oder anderen Stelle schmerzlich. Es darf von vornherein keine Tabuthemen oder heiligen Kühe geben. Gemeinsam müssen wir uns einem Abwägungsprozess stellen.

Die Schlagworte Effektivität, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Eigenverantwortlichkeit stehen dann noch stärker im Fokus als bereits jetzt. Kurzfristige Maßnahmen reichen leider heute schon nicht mehr aus.

Bevor ich nun zum Fazit und Schluss meiner Rede komme, möchte ich auch in diesem Jahr den Städten und Gemeinden des Bodenseekreises für die Bezahlung der Kreisumlage wieder herzlich danken.

Mein herzlicher Dank gilt Herrn Landrat Wölfle für sein großes Engagement, allen Dezernaten und Ämtern für die intensive Arbeit am Haushalt. Besonders danken möchte ich dem Sozialdezernat für die sicherlich schwierige Aufstellung des Sozialhaushalts und dem Dezernat für Umwelt und Technik für die konstruktive und intensive Zusammenarbeit. Ich danke allen, die mit Ideen, Vorschlägen, Mehreinnahmen, Streichungen und Streckung von Maßnahmen zu diesem Haushaltswerk beigetragen haben. Ich danke auch meinen Ämtern innerhalb des Dezernats 3 für die Unterstützung und engagierte Aufstellung des Gebäude-, Straßen- und Abfallwirtschaftshaushalts.

Das ist nicht selbstverständlich.

Ein ganz besonderer Dank gilt der Kämmerei, allen voran unserem neuen Kämmereileiter, Herrn Kaiser, aber auch Frau Kick und Herrn Männle und dem gesamten Team, die trotz eines immensen Zeitdrucks eine tolle Leistung bei der Aufstellung unseres ersten gemeinsamen Haushaltplanes erbracht haben.

## **Fazit**

Sehr geehrter Herr Landrat Wölfle,  
liebe Mitglieder des Kreistages,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor Ihnen liegt ein Haushaltsplan ohne Kreditaufnahme und ohne Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes. Ein großes Stück Arbeit liegt hinter der Verwaltung. Wir sind stolz, Ihnen diesen Haushaltsplan präsentieren zu können. Für das Jahr 2011 ist das so nicht mehr möglich. Wir haben eine große Verantwortung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern des Bodenseekreises und vor allem auch gegenüber unseren nachfolgenden Generationen. Begreifen wir diese Situation als Chance und nehmen wir die sicherlich nicht leichten Herausforderungen der kommenden Zeit an. Lassen Sie uns gemeinsam unserer Verantwortung gerecht werden.

Ich wünsche uns konstruktive Haushaltsplanberatungen und schließe mit dem Zitat von Manfred Rommel:

„Finanzpolitik ist nicht nur eine Frage der Vernunft, sondern auch eine ethische Frage.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Heidi Schwartz

Finanzdezernentin